

Stellungnahme zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016

Grundsätzliche Bemerkungen zur Haushaltspolitik in NRW

DIE FAMILIENUNTERNEHMER betrachten die desolante Haushaltslage von Nordrhein-Westfalen mit sehr großer Sorge. Allein der hohe Schuldenberg bietet hierzu genügend Anlass. Noch bedenklicher ist es jedoch, dass NRW in den letzten Jahren kontinuierlich weiter neue Schulden aufgenommen hat, trotz der einmalig günstigen haushaltspolitischen Rahmenbedingungen. Die Zinsen, die die öffentlichen Haushalte in Deutschland für ihre Schulden zahlen müssen, sind auf einem historischen Tief, während gleichzeitig die Steuereinnahmen aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung sprudeln. Gleichzeitig sorgt die gute konjunkturelle Lage dafür, dass viele Sozialkosten sinken. Dass es NRW in den letzten Jahren nicht gelungen ist, diese günstigen Rahmenbedingungen zu nutzen, um die Neuverschuldung auf null zu reduzieren, ist ein großes Versäumnis. Hinzu kommt die schwierige Lage vieler Kommunen. Eine geplante Neuverschuldung von 1,48 Milliarden Euro in 2016 ist in jedem Falle viel zu hoch – sowohl angesichts der guten Rahmenbedingungen, als auch angesichts der hohen Altschulden.

Die dramatische Lage ist das Ergebnis jahrzehntelanger politischer Versäumnisse. Unabhängig von der historischen Verantwortung ist es jetzt die Aufgabe der aktuell regierenden Koalition, die haushaltspolitischen Probleme zu lösen. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten in NRW. Während Bayerns Wirtschaft seit 2010 um fast 10 Prozent gewachsen ist, konnte NRW nur ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent verbuchen. Nach Ansicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER muss die Landesregierung alles unternehmen, um diese Wachstumslücke zu schließen. Hierzu gehört beispielsweise eine Verbesserung der Ausweisung von Gewerbegebieten. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die beste Maßnahme, um die Steuereinnahmen in NRW weiter zu steigern. Gleichzeitig muss die Landesregierung auf der Ausgabenseite eine strikte Kontrolle walten lassen. Angesichts der Haushaltslage gehört jede einzelne Ausgabe auf den Prüfstand, angefangen bei den Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien bis zur langfristigen Personalplanung.

Fragenkatalog

1. Mit dem Gesetzentwurf zur Errichtung des Pensionsfonds plant die Landesregierung die Zuführungen an den Versorgungsfonds zur finanziellen Absicherung der Beamtenpensionen ab 2017 auf 200 Mio. Euro jährlich zu kürzen. Bislang war für 2017 eine Zuführung von knapp 800 Mio. Euro geplant. Die Zuführungen steigen bislang zudem jeweils um mehr als 100 Mio. Euro jährlich an, so dass in 2019 mit einer Zuführung von mehr als 1 Mrd. Euro zu rechnen gewesen wäre. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die von der Landesregierung in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes in 2019 geplante Neuverschuldung von Null Euro? Welche Auswirkungen hat die drastische Reduzierung der Vorsorge für Beamtenpensionen auf die haushalterischen Spielräume zukünftiger Haushaltsgesetzgeber bzw. Generationen?

Der zukünftige starke Anstieg der Ausgaben für Beamtenpensionen ist eine zusätzliche haushaltspolitische Herausforderung für NRW. Statt sich dieser Aufgabe zu stellen, sollen jetzt die Zuführungen an den Versorgungsfonds gekürzt werden. Aus Sicht der Familienunternehmer ist dies der falsche Weg. Stattdessen müssen die Zuführungen ausgebaut werden – wobei gleichzeitig auf die Aufnahme neuer Schulden verzichtet werden muss, damit den Rückständen nicht Schulden in gleicher Höhe gegenüberstehen. Die hier offensichtlich geplante Konsolidierung des Landeshaushalts zu Lasten der Rückstellungsbildung ist jedoch gleichfalls ein Nullsummenspiel. Denn die heute nicht gebildeten Rücklagen sind die zusätzlichen Schulden von morgen.

2. In der Mittelfristigen Finanzplanung rechnet die Landesregierung für den Finanzplanungszeitraum mit einer Finanzkraft von 97 v.H. des Länderdurchschnitts. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung, auch aus wirtschaftlicher Perspektive, langfristig? Welche konkreten Auswirkungen hätte der Wegfall des Umsatzsteuervorgewegausgleichs für den Landeshaushalt?

Aus grundsätzlichen Erwägungen sprechen viele Argumente für eine Vereinfachung des bisherigen Systems der föderalen Finanzbeziehungen. Das aktuelle Geflecht ist so kompliziert, dass es kein Bürger mehr durchschauen kann. Dies trägt zur Politikverdrossenheit bei, da Entscheidungen kaum mehr nachvollzogen werden können. Mittelfristig hätte dies nach Ansicht der Familienunternehmer auch positive Auswirkungen auf den Landeshaushalt, da politische Ausgabeentscheidungen besser begründet werden müssten.

3. Welche Auswirkungen haben Weichenstellungen der Landesregierung im Landeshaushalt auf die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Hinblick auf die Mehrinvestitionen im Bereich Krankenhäuser und Uniklinken und auf Infrastrukturmaßnahmen wie Breitbandausbau und den Ausbau digitaler Infrastruktur?

Der positive Einfluss von öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur macht sich vor allem langfristig bemerkbar: Eine gut ausgebaute Infrastruktur gehört zu den wichtigsten Standortvorteilen einer Region. Hierzu gehört im 21. Jahrhundert auch das Breitbandnetz. Insofern sind zusätzliche Investitionen an dieser Stelle grundsätzlich zu begrüßen. Die klassische Infrastruktur sollte dabei jedoch nicht vernachlässigt werden. Und: Eine gute Infrastruktur ist immer nur ein Bestandteil von guten Rahmenbedingungen – auch andere Standortfaktoren müssen stimmen, wenn die Wirtschaft in NRW wieder stärker wachsen soll.

4. Wie beurteilen Sie die im Landeshaushalt für den Bereich Digitalisierung insgesamt bereitgestellten Mittel? Wie beurteilen Sie die von der Landesregierung beabsichtigte Aufteilung der Digitalen Dividenden II i.H.v. 45 Mio. Euro auf die Einzelpläne Wirtschaft, Umwelt und Bauen?

Zur Frage Nummer 4 treffen DIE FAMILIENUNTERNEHMER keine Aussage.

5. Wie beurteilen Sie den Steuereinnahmeansatz von 50,5 Mrd. Euro für 2016? Welche Auswirkungen werden sich möglicherweise durch die November-Steuerschätzung ergeben?

Inwiefern der Ansatz realistisch ist, können wir nicht abschließend beurteilen. An dieser Stelle muss jedoch eine deutliche Warnung folgen: Die steigenden Steuereinnahmen sind kein Selbstläufer. Sie beruhen auf der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der harten Arbeit der Unternehmer und Arbeitnehmer. Die Politik sollte sich dessen bewusst sein und daran arbeiten, die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung dieses Erfolgs zu schaffen. Schlechte wirtschaftspolitische Weichenstellungen werden ihre negativen Wirkungen nicht unmittelbar entfalten, aber in der Zukunft zu weniger stark steigenden oder gar rückläufigen Steuereinnahmen führen.

6. Wie beurteilen Sie den Steuereinnahmeansatz in der Mittelfristigen Finanzplanung von 56,9 Mrd. Euro für 2019? Welche Auswirkungen werden sich möglicherweise durch die November-Steuerschätzung ergeben?

Siehe Antwort zur Frage Nummer 5.

7. Wie beurteilen Sie, dass die Landesregierung in der mittelfristigen Finanzplanung keine weitere Vorsorge für die Lasten aus der Abwicklung der ehemaligen WestLB AG trifft?

Aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER ist dies nicht nachvollziehbar und stellt ein großes Risiko für die Einhaltung der Schuldenbremse dar.

8. Wie beurteilen Sie die im Haushaltsentwurf enthaltenen Globalen Minderausgaben von 780 Millionen Euro sowie die Globalen Mehreinnahmen von 300 Millionen Euro? Wird der Landeshaushalt durch Globale Minderausgaben strukturell konsolidiert?

Globale Minderausgaben sind aus Sicht der Familienunternehmer ein adäquates Mittel, um kleinere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Eine Globale Minderausgabe in der vorgesehenen Höhe ist jedoch ein Eingeständnis, dass die notwendigen Konsolidierungsentscheidungen verschoben worden sind. Der Ansatz ist insofern nicht hilfreich und kein Beitrag zur strukturellen Haushaltskonsolidierung.

Globale Mehreinnahmen sind aus Sicht der Familienunternehmer dagegen unabhängig von Ihrer Höhe kein gutes Instrument der Haushaltssteuerung. Die Einnahmeansätze sollten auf der jeweils gültigen Steuerschätzung sowie bei den weiteren Einnahmeansätzen auf Basis des Vorjahres-Ist basieren. Eine globale Mehreinnahme entbehrt jedoch jeder vernünftigen haushaltspolitischen Grundlage.

9. Wie beurteilen Sie den um in der Summe um 859 steigenden Stellenbestand von insgesamt 285.898 Stellen im Haushaltsentwurf 2016? Wo sehen Sie Möglichkeiten von Stellenumschichtungen, um den Stellenbedarf zu decken?

Aus Sicht der Familienunternehmer ist es unverantwortlich, angesichts der strukturellen finanziellen Probleme einen Stellenaufbau zu betreiben.

10. Wie bewerten Sie die Notwendigkeit einer entschlossenen Haushaltskonsolidierung auch zur Begrenzung der zukünftigen Zinsbelastungen? Hat der Haushalt für eventuell steigende Zinsen Vorsorge getroffen?

Welche Gefahren drohten andernfalls für Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung?

Aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER hat dies eine hohe Priorität. Es ist schlicht unverantwortlich, die aktuelle Niedrigzinsphase und die damit einhergehende niedrige Zinsbelastung nicht zu nutzen, um für schlechtere Zeiten vorzusorgen. Falls dies nicht gelingt, wird der haushalterische Handlungsspielraum in der nächsten Phase höherer Zinsen

und/oder niedrigerer Einnahmen bei null liegen. Dies würde dann negative Konsequenzen für die Fortführung aller wichtigen Zukunftsinvestitionen haben – sei es im Bereich der Bildung, Forschung oder Infrastruktur.

11. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der jüngsten Bundesgesetzgebung in der Steuerpolitik auf den Landeshaushalt?

Die Entscheidungen werden zu Mindereinnahmen gegenüber dem Status Quo führen, sind jedoch notwendig. Gerade die kalte Progression sollte als heimliche Steuererhöhung nicht von der Politik zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. Strukturell stellen die Entscheidungen ohnehin kein Problem dar, da NRW seinen Haushalt vor allem auf der Ausgabenseite konsolidieren muss. Hier liegen die Hauptprobleme! Begleitend sollte sich die Landespolitik darauf ausrichten, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen – auch um so die Steuereinnahmen zu steigern.